

# Gegen die Militarisierung der inneren Sicherheit!

*Resolution verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 19. September 2015 in Liestal*

Die Schweizer Armee ist offensichtlich in einer Sinnkrise. Bei der Suche nach neuen Aufgabenfeldern ist sie im Landesinnern fündig geworden. Vom 16. bis 25. September 2015 wird die Nordwestschweiz sowie der Jurasüdfuss und insbesondere auch die Stadt Basel zum Schauplatz einer militärischen Übung. Die Armeeführung bietet 5000 Soldat\_innen auf für ein Krisenszenario, in dem Katastrophen aus dem Ausland über die Schweiz hereinbrechen und deshalb sichergestellt werden muss, dass Migrant\_innenströme, Rohstoffknappheit und vor allem Aufstände die herrschende Ordnung nicht gefährden.

Schon seit knapp 15 Jahren bestehen die Einsätze der Armee im Inneren, vor allem zum Schutz des World Economic Forum (WEF) und bei Einsätzen gegen Proteste (z.B. der G8-Gipfel 2004). Diese Ausrichtung verstärkt sich nun in der "Weiterentwicklung der Armee" (WEA). In Zukunft sollen vermehrt Armeeingehörige Polizeiaufgaben im Inneren übernehmen, ausgerüstet mit Reizstoffen, Taser und Schusswaffen. Militärübungen wie Conex15 sind Teil einer klaren Entwicklung in Richtung der zunehmenden inneren Militarisierung.

Das Projekt zur „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA), das zurzeit im Parlament behandelt wird, soll der Effizienzsteigerung, Professionalisierung und Kaderförderung dienen. Neben der Scheinreduktion der Heeresgrösse werden Anpassungen an neue sogenannte Herausforderungen vorgenommen – insbesondere die Vorbereitung für vorgebliche innere Bedrohungen. Während sonst überall gespart wird, soll das Budget um 300 Millionen auf 5 Milliarden angehoben werden. Die Projektführung der WEA arbeitet eng mit der Hochschule St. Gallen (HSG) und dem Arbeitgeberverband zusammen.

Was dabei offensichtlich wird: Im Kapitalismus liegt der Zweck des Militarismus immer im Schutze der Privilegien von ein paar wenigen. Grundsätzliche Aufgabe ist dabei immer die Sicherung der Stellung der herrschenden Klasse. Die Armee schützt heute unverschleiert die herrschende Ordnung in der Schweiz und oberste Priorität hat der Schutz des Privateigentums. Infolge der Weltwirtschaftskrise benötigt diese Ordnung zunehmend mehr Schutz. Die angesprochene Entwicklung der Armee soll dabei Abhilfe schaffen.

Die Bedrohungslagen für die innere Ordnung können verschiedene Ausgestaltungen annehmen. Doch besonders dreist ist das Conex-Szenario: grosse Flüchtlingsströme sollen an der Grenze mit militärischer Kraft davon abgehalten werden, in die Schweiz zu gelangen. Angesichts der weltweiten humanitären Katastrophe ist diese Übung unhaltbar.

Doch die Armee sucht verbissen nach weiteren Feinden: Seit der klassische Landesverteidigungskrieg für die Schweiz unwahrscheinlich geworden ist, konzentriert sie sich vermehrt auf inländische Bedrohungen. Dies zeigen zwei Übungen der Armee der letzten Jahre: Anlässlich von „Stabilo Due“ an verschiedenen Standorten in der Schweiz und im Rahmen der Übung „Paper“ im solothurnischen Biberist erklärte Verteidigungsminister Ueli Maurer, dass die Armee damit rechne, in naher Zukunft gegen Unruhen in der Schweiz vorgehen zu müssen. Grund dafür sei die Weltwirtschaftskrise und ein befürchteter Zerfall Europas. Konkret rechnet Maurer damit, dass auf Grund steigender Arbeitslosigkeit in umliegenden Ländern und in der Schweiz Proteste und Solidaritätskundgebungen in Unruhen eskalieren.

Angesichts der zunehmenden inneren Militarisierung sind bereits Unruhen entstanden, insbesondere bei den beiden Übungen „Stabilo Due“ und „Paper“. Die Unruhestifter\_innen, gegen welche die Armee während der Übungen vorzugehen hatte, waren bestückt mit roten Fahnen und globalisierungskritischen Transparenten. Die Botschaft war unmissverständlich: Der neue Landesfeind ist rot und antikapitalistisch. Die Armee rüstet sich gegen

Demonstrierende in der Schweiz auf und die Aktion Conex15 reiht sich in dieser Entwicklung nahtlos ein.

Die JUSO stellt sich entschieden gegen die Conex15-Übung als Teil der zunehmenden inneren Militarisierung. Als Sozialistinnen und Sozialisten verstehen wir uns als Antimilitaristinnen und Antimilitaristen. Unsere Position reiht sich ein in die Tradition des Zimmerwalder Manifestes. Wir stellen uns klar gegen jegliche militaristischen Tendenzen in der Gesellschaft. Aus einem Klassenstandpunkt betrachtet stellt das Militär ein Instrument der Bourgeoisie zur Bewahrung der Besitzverhältnisse dar und ist eine ernstzunehmende Bedrohung für eine demokratisch-sozialistische Alternative. Die zu schützende Ordnung ist nicht im Interesse derer, die dafür kämpfen, morden und sterben sollen, sondern einzig im Interesse der Herrschenden.

Die JUSO fordert daher:

- einen Stopp jeglicher Militäreinsätze im In- und Ausland
- einen Stopp der Militarisierung der Gesellschaft und ein Verbot von privaten Sicherheitsunternehmen
- eine Abrüstung des Sicherheitsapparates und die Abschaffung der Armee
- deutliche Budgetkürzungen bei der Armee
- das Verbot von Besetzungen von Städten, Dörfern und jeglichen öffentlichen Plätzen durch das Militär